

„Barack Obama – der mediale Präsident“

Vortrag im Amerikahaus München am 14. Mai 2009 für die Petra-Kelly-Stiftung

Von Christoph von Marschall, Washington

115 Tage ist Barack Obama jetzt US-Präsident.

Sind es wirklich erst 115 Tage? Er ist medial omnipräsent. Barack Obama hat bereits drei Auslandsreisen absolviert (Kanada, Europa samt einem Abstecher in den Irak, Lateinamerika) und an vier internationalen Gipfeln teilgenommen (G 20, Nato, EU/USA, OAS). Er hat in unzähligen Bereichen die Politik seines Vorgängers George W. Bush korrigiert, von Irak und Afghanistan über Guantanamo und die Besteuerung bis zum Klimawandel und der Kontrolle internationaler Finanzkonzerne. Derweil hielt die First Family Amerika und die Welt über Wochen mit der Auswahl eines Hunds und der Anlage eines Gemüsegartens vor dem Weißen Haus in Atem. In gefühlter Zeit ist der neue Präsident länger im Amt als die rechnerischen 115 Tage. Und das natürlich auch dank seiner Medienpräsenz.

Andererseits sind die zählbaren Resultate, an denen man gewöhnlich Regierungshandeln bemisst, noch mager. Er hat viele Reden gehalten und so die Atmosphäre im Land verändert – sowie die Art, wie die Welt auf Amerika blickt. Größere Gesetzgebungserfolge sucht man jedoch vergebens. Seine Regierungsmannschaft ist noch lückenhaft. Dem Finanzminister, zum Beispiel, fehlen ein Stellvertreter und Staatssekretäre, die er doch gerade in der Krise dringend bräuchte. Wichtige Partner wie Deutschland müssen wohl noch Wochen darauf warten, wer US-Botschafter in ihrer Hauptstadt wird.

Wie könnte es auch anders sein? Weltweit nennt man den US-Präsidenten zwar gerne den mächtigsten Mann der Erde. Aber im amerikanischen Verfassungsalltag ist seine Macht dann doch ziemlich begrenzt. Vor allem der Kongress hat ein wichtiges Wort mitzureden.

Ähnlich unterschiedlich fällt die Bilanz aus, je nachdem, ob man die 115 Tage aus der Binnenperspektive der USA betrachtet oder aus dem Blickwinkel des Auslands. Diesen Gegensatz muss man betonen, gerade wenn es um das Wechselverhältnis zwischen dem Präsidenten und den Medien geht. Amerika kennt seit Monaten nur ein Thema: die tiefe Finanz- und Wirtschaftskrise samt ihren Folgen für den Immobilienmarkt und damit die Dächer über den Köpfen der 300 Millionen Bürger, für die Arbeitsplätze und die persönliche Kreditwürdigkeit.

Das Ausland misst Obama an anderen Maßstäben: an den Anordnungen, Guantanamo zu schließen, Folter bedingungslos zu verbieten und die CIA-Geheimgefängnisse aufzugeben; an seiner Politik gegenüber der islamischen Welt und speziell Iran; am Umgangston mit Europa. Diese Fragen haben außerhalb der USA hohe symbolische Bedeutung, im Inland finden sie angesichts der ökonomischen Krise wenig Beachtung.

Amerikas Prioritäten spiegeln sich im Terminplan des Präsidenten. Er konzentriert sich auf die Wirtschaftspolitik. Die zwei zentralen Gesetzesinitiativen der hundert Tage waren das Konjunkturpaket im Wert von rund 800 Milliarden Dollar und der Budgetentwurf im Wert von 3,4 Billionen Dollar.

Beide Projekte zeigen: Obama versteht sich als Verwandler, nicht als Verwalter der Lage. Er ist bereit, Risiken einzugehen. Er nimmt sehr viel Geld in die Hand, um die USA durch öffentliche Investitionen aus der Krise heraus zu kaufen. Manchen machen diese Summen und, mehr noch, die wachsende Staatsverschuldung Angst.

Auch dieses Pro und Contra wird in den Medien ausgetragen. Obamas Berater berufen sich auf die historische Erfahrung: Sie wollen eine langanhaltende Depression wie in den 1930er Jahren verhindern; damals habe der Staat zu wenig getan, um die Konjunktur anzukurbeln. Amerika hat andere Traumata als Deutschland.

In den USA ist es die ein Jahrzehnt währende Depression nach dem Börsencrash von 1929, in Deutschland die Hyperinflation in den Jahren zuvor.

Nun müssen alle hoffen, dass Obama Erfolg hat. Denn wenn Amerika so viele Schulden aufhäuft, aber das Wachstum ausbleibt, das nötig wäre, um sie wieder abzutragen, kommt die Inflation zur Flaute hinzu – und die übrige Welt wird es mit ausbaden müssen.

Darauf muss Obama Rücksicht nehmen. Das ist der eine Grund, warum er das Wende-Tempo nach fünf, sechs Wochen gedrosselt hat. Der andere Grund: Ihm sind Fehler unterlaufen, die man mit Sorgfalt und Geduld hätte vermeiden können.

Im Vergleich mit seinen Vorgängern hat er einen beispiellos schnellen Start hingelegt – von der Berufung seines Regierungspersonals bis zur Vorlage seines ersten Budgets. Gewöhnlich vergehen Monate, bis eine neue US-Regierung so richtig handlungsfähig ist, weil alle Minister, Behörden- und Abteilungsleiter vom Senat bestätigt werden müssen.

Die ersten sieben Kabinettsmitglieder Obamas waren bereits am Tag nach der Inauguration im Amt. Unter dem Eindruck von Obamas beachtlichem Wahlsieg nickte der Senat sie ohne Umschweife ab.

Schnelligkeit bedeutet nicht automatisch Erfolg.

Beim Handelsminister brauchte Obama drei Anläufe, beim Gesundheitsressort zwei. Bill Richardson, Gouverneur von New Mexiko und der erste Kandidat für das Handelsministerium war schon vor Obamas Amtseinführung gestolpert, weil die Behörden wegen Interessenverquickung bei Wahlkampfspenden gegen ihn ermitteln. Zwei weitere Spitzenkräfte mussten im Februar zurückziehen, als sich herausstellte, dass sie ihre Steuern oder Sozialbeiträge nicht vollständig bezahlt hatten: Tom Daschle als Gesundheitsminister und Nancy Killefer als Sonderbeauftragte für Budgetdisziplin. Den Finanzminister Timothy Geithner hatten die Senatoren trotz ähnlicher Sünden im Januar noch durchgewinkt. Angesichts der Finanzkrise wollten sie das Amt rasch besetzt sehen, und Geithner gilt als guter Fachmann. Die Milde ihm gegenüber büßten nun die Folgekandidaten Daschle und Killefer, auch wenn sie reuevoll ihre Abgaben nachzahlten.

Mit dem Problem, dass Ministerkandidaten ihre Steuern oder die Sozialabgaben für Haushaltshilfen nicht korrekt bezahlt hatten, hatten auch Bush und Clinton gekämpft, sowohl nach der Anzahl wie der Schwere der Vergehen ihrer Kandidaten. Bei Obama schauen die Medien genauer hin, denn er hat strengere Ethikregeln versprochen. Kaum einer hielt ihm zugute, dass nicht Steuerfahnder oder findige Journalisten die Steuersünden aufgedeckt hatten, sondern Obamas eigene Fachleute, die die Anwärter auf Herz und Nieren prüfen. Die Personalpannen waren auch Folge seiner schärferen Maßstäbe.

Doch wer den Schaden hat, braucht für den Spott nicht zu sorgen. Ende Februar kursierte dieser Witz in Washington: Wie bringt man Demokraten dazu, die Steuern vollständig zu bezahlen? Indem man sie für Regierungsposten nominiert!

Obama geht seither bei weiteren Nominierungen langsamer vor. Zweifelsfälle werden genauer unter die Lupe genommen.

Sympathien gewann er immerhin, weil er nicht taktierte, als die Probleme auftauchten, sondern rasch die Notbremse zog. Und weil er die politische Verantwortung übernahm, statt sie den Steuersündern aufzubürden. „Ich hab’s vermessen!“ So ein Bekenntnis hatte Amerika von Bush nie gehört.

Dennoch folgte prompt der nächste Ärger. Der Republikaner Judd Gregg, den Obama nach Richardsons Abgang als Handelsminister nominierte, um Überparteilichkeit zu zeigen, kam ihm ebenfalls abhanden. Er habe zu spät erkannt, dass die ideologischen Differenzen unüberwindbar seien, gab ein zerknirschter Gregg Mitte Februar als Begründung an. Es war zugleich ein Hinweis,

dass die Schonphase im Kongress zu Ende ging und die Konservativen die politische Auseinandersetzung suchen. Die Demokraten, so ihr Vorwurf, missbrauchten die Finanzkrise, um die USA zu einem sozialistischen Land zu machen. Obama wolle, dass der Staat sich überall einmische und alles kontrolliere, behaupten sie und verweisen auf die teuren Rettungspakete für Banken, Versicherungen und Autokonzerne.

Generell kriegten die Republikaner wenig Schlagzeilen. Die dominiert Obama. Die Fragen der Journalisten an seinen Pressesprecher sind freilich schärfer geworden. Täglich stellt sich Robert Gibbs, ein 37-jähriger Rotschopf mit Brille, blasser Haut und einer Vorliebe für rosafarbene Krawatten, am frühen Nachmittag im Weißen Haus den Reportern.

Der beengte Presseraum hat nur sieben Reihen à sieben Sitze, die mit den Namen der wichtigsten US-Medien gekennzeichnet sind. Ausländer haben keinen festen Platz. Gibbs lässt meist nur Fragen aus den ersten zwei, drei Reihen zu. Dort haben Amerikas Fernsehreporter ihre Sitze.

Gibbs Hauptaufgabe besteht darin, die Bestie namens Medieninteresse täglich so zu füttern, dass Obama weiter die Lufthoheit in den Nachrichten behält. Der tägliche Schlagabtausch im Presseraum ist nur ein Teil davon. Wichtiger noch sind die inoffiziellen Neuigkeiten, die im Laufe des Tages durchaus gewollt nach außen sickern, oder kleine menschenelnde Geschichten rund um den Präsidenten und seine Familie. In den ersten 115 Tagen gehörte die Frage nach dem Hund für das Weiße Haus dazu. Sie wissen: Es wurde ein „Portugese Waterdog“ – die Rasse, die der todkranke Ted Kennedy liebt.

Überwiegend hat Barack Obama die Sympathie der Medien auf seiner Seite. Das bedeutet freilich nicht, dass Amerikas Zeitungen und Fernsehsender wegschauten, als die Steuerprobleme seiner Kandidaten für Regierungsposten bekannt wurden. Es wird auch nicht unbedingt mit weniger Strenge geurteilt. Denn Obama hatte, wie gesagt, schärfere Ethikregeln versprochen. An denen wird er – und werden seine Kandidaten gemessen.

In jenen Wochen im Februar, als das Medienecho nicht so erfreulich war, wird Pressesprecher Gibbs selbst Zeitungsenten manchmal begrüßt haben. Und auch lieber gelesen haben als neue Hiobsbotschaften von der Börse oder vom Arbeitsmarkt. Denn die lenken von den Problemen ab. Sie lassen sich auch leichter dementieren oder ignorieren und lenken doch auf unterhaltsame Weise von den Wirtschaftsnöten ab. Da gab es, zum Beispiel, das Gerücht, Obama färbe seine Haare. In seinem Fall behaupten die Gerüchte das Gegenteil des Gewohnten. Üblicherweise heißt es, Politiker färben ihr ergrautes Haar dunkel, um jünger zu erscheinen. Obama wurde nachgesagt, er färbe in sein natürlich schwarzes Haar graue Einsprengsel hinein, um älter, krisengemäßer und erfahrener auszusehen, als es seinen 47 Jahren entspricht.

TV-Sender und Zeitungskolumnen verglichen Bilder von Obamas Kopf aus den letzten Monaten und vermerken spitz: „Das kann doch nicht nur die Folge von sechs Wochen im Amt sein.“ Ist es auch nicht, bekräftigt der Chicagoer Friseur Zariff, der sich seit 17 Jahren alle zwei Wochen um Obamas Haarschnitt kümmert. „Noch nie“ habe Obama sein Haar gefärbt, „ich bin 100 Prozent sicher.“ Die Grauzonen hätten sich im Laufe des langen und harten Wahlkampfs gebildet. Ergraut in 754 Tagen – das wäre die richtige Schlagzeile, schlug daraufhin die „Washington Post“ vor. Ein Rätsel freilich bleibt: Wird Zariff wirklich alle zwei Wochen heimlich ins Weiße Haus gebracht, um Obama die Haare zu schneiden?

Ansonsten setzte Obama die Themen, jede Woche mindestens ein neues. Auch da hat er das Tempo gedrosselt. Angefangen hatte er mit einem Feuerwerk rascher Dekrete, die Bushs Politikansätze revidieren sollten: Guantanamo innerhalb eines Jahres schließen; die umstrittenen Militärtribunale gegen Terrorverdächtige aussetzen; Entwicklungshilfegelder auch wieder Organisationen zukommen lassen, die Abtreibung nicht kategorisch ablehnen, und manches mehr.

Spätestens ab Februar galt ein langsamerer Rhythmus. Einzelne Großvorhaben wurden über Tage propagiert:

- der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit,
- die Staatshilfe gegen Zwangsversteigerungen von Eigenheimen, Bankenrettung, das rund

800 Milliarden Dollar teure Konjunkturpaket, gefolgt vom Versprechen langfristiger Budgetdisziplin als Kontrapunkt

- dann die neue Strategie für Afghanistan und Pakistan
- und nun die Gesundheitsreform.

Der Zugang zum Weißen Haus ist übrigens nicht einfacher geworden als unter Bush. Der Andrang ist größer. Mehr Journalisten interessieren sich für die Regierung Obama als für die Vorgänger.

Das Ausland lernt derweil: Obama ist kein linker Gegenentwurf zu Bush. Der neue Präsident positioniert sich in der Mitte des politischen Spektrums Amerikas – und das liegt rechts der politischen Mitte in Deutschland. Er will vieles anders machen als Bush, aber bei den Interessen und der Sicherheit Amerikas macht er keine Kompromisse.

Er lässt Guantanamo schließen und versichert ohne jede Einschränkung: Amerika foltert nicht. Doch im Fall der Terrorgefangenen, die im Gefängnis Bagram in Afghanistan sitzen, greift seine Regierung zu denselben Ausflüchten, mit denen Bush den Guantanamo-Insassen juristische Einspruchsmöglichkeiten verweigerte: Bagram liege außerhalb der USA, also seien US-Gerichte dort nicht zuständig. Ähnlich wie Bush beruft er sich auf Geheimnisschutz, um zu verhindern, dass Gerichte Foltervorwürfe aus der Bush-Zeit, die Abhörpraxis und andere fragwürdige Methoden der Terrorabwehr untersuchen. Dadurch würden Staatsgeheimnisse und damit die Sicherheit des Landes gefährden, heißt es.

In den jüngsten Wochen erlebt Amerika und erlebt die Welt einen Zickzackkurs bei der Frage, ob Obama die staatlichen Unterlagen zur Misshandlung Terrorgefangener veröffentlicht oder nicht. Zunächst musste man den Eindruck haben, er wolle sie publik machen – und vielleicht sogar Bushs und Cheneys allzu willige Helfer juristisch verfolgen lassen. Da kam relativ rasch die erste kalte Dusche für Menschenrechtsaktivisten und generell den linken Flügel der Demokraten. Obamas Sprecher verkündete, man wolle nicht zurückschauen, sondern nach vorn. Das kann man noch verstehen: Obama möchte nicht, dass die retrospektive Abrechnung mit Bush von seinen Zukunftsvorhaben ablenkt.

Doch nun folgte der zweite Rückzieher. Nicht mal die Unterlagen und Bilder will er veröffentlichen.

Hinzu kommt: Der Pentagonetat wird auch unter Obama weiter wachsen und ist nun größer als die Verteidigungsbudgets aller folgenden 25 Länder zusammen genommen. Solche Erfahrungen haben kritische Kommentare provoziert: Ist der neue Präsident ein „George W. Obama“?

Hier liegen also Enttäuschungen für das linkere Spektrum in Amerika – und für viele im Ausland. Doch man darf wohl ganz brutal konstatieren: Diese Enttäuschungen für die eine Seite gehören zu den wesentlichen Erklärungen, warum Obama in den USA insgesamt so positiv wahrgenommen wird.

In den Umfragen genießt der Präsident Zustimmungsraten zwischen 60 und 70 Prozent. Und man nimmt das so hin, als sei das eine Selbstverständlichkeit – oder erkläre sich von selbst. Gewiss, da ist die Erleichterung über den Wechsel, nachdem die USA in den letzten zwei Amtsjahren Bush mehr und mehr das Gefühl hatte, das Land bewege sich in die falsche Richtung. Jetzt sagt zum ersten Mal seit mehreren Jahren sagt eine Mehrheit der Bürger, das Land bewege sich in der richtigen Richtung

Aber wenn man diese Aussagen mal in Kontrast zur Realität setzt, die die Bürger im Alltag erleben, dann ist das doch vielleicht erklärungsbedürftig. Die Wirtschaft ist in einer tiefen Krise, die Arbeitslosenrate liegt bei 9 Prozent und wird wohl noch auf 10 Prozent steigen. Die Ersparnisse und auch die Altersvorsorge sinken im Wert, weil die Börsenkurse verfallen. Millionen bangen um das Eigenheim.

In dieser Situation beruhigt der neue Präsident besorgte Bürger: Wenn es um die äußere Sicherheit der USA und um die Terrorabwehr geht, ist er nicht zu Kompromissen bereit.

Er ist kein Konterrevolutionär, der alles korrigiert, was dem Ausland an Bush missfallen haben mag. Er ist Amerikas Präsident und vertritt US-Interessen, wie er sie versteht. In Teilbereichen kann er ganz schön unbequem für Deutschland werden.

In den hiesigen Medien – soweit ich die lese – ist das vielleicht noch nicht so deutlich angekommen. Seine Außenpolitik liegt gewiss näher an den Vorstellungen der Europäer als Bushs. Er ist zu direkten Gesprächen mit Iran bereit, er lockert die Sanktionen gegen Kuba, er will mehr für den Nahostfrieden tun und er setzt in Afghanistan auf eine neue Strategie mit höherem Gewicht für den zivilen Aufbau. In die Raketenabwehr oder die Nato-Erweiterung um Georgien und die Ukraine wird er nicht viel Kapital investieren. Er wird sie freilich auch nicht offiziell stoppen, damit es nicht so aussieht, als weiche er vor Russland zurück.

Auch Obamas neue Rezeptur beinhaltet Risiken und Nebenwirkungen. Der wahre Test kommt erst noch. Führt die Aufweichung zu Fortschritten, im Atomstreit mit Teheran, bei der Aufweichung der kubanischen Diktatur oder in Afghanistan – umso besser. Wenn nicht, wird wohl auch er wieder auf Härte setzen. Und erwarten, dass Europa ihm dann folgt. In Afghanistan reduziert er das Kriegsziel: Es sei nicht der Aufbau einer Demokratie, sondern ein Zustand, in dem Al Qaida dort keine Terroranschläge mehr planen könne. Das ist eine Abkehr von Bushs Ideologie. Es ist aber auch weniger, als jene Deutsche wollten, die als Ziel des Bundeswehreinsetzes eine Zivilgesellschaft nannten, in der alle Mädchen die Schule besuchen dürfen. Obama droht zudem, Pakistans Souveränität zu missachten. Wenn Pakistan nicht gegen Al Qaida und Taliban im Grenzgebiet vorgehe, werde er es tun.

Der andere Grund für seine hohe Popularität ist die exzellente Medienarbeit, die ich bereits beschrieben habe. Er setzt die Themen und hält an ihnen fest. Die Republikaner haben ihm da wenig entgegenzusetzen.

Zur Medienarbeit gehört natürlich nicht nur der Umgang mit den klassischen Medien: Zeitung, Radio und Fernsehen. Sondern auch der Einsatz des Internets. Barack Obama gilt als der erste E-Präsident – also als ein Staatsoberhaupt, das die neuen Medien in ungewohnter Weise für die Kommunikation mit der Nation nutzt. Nach seinem Wahlsieg hat er die gute alte Radioansprache modernisiert. Seit der großen Depression in den 1930er Jahren wendet sich der Präsident in dem damals neuen Medium jeden Samstag an die Nation. Franklin Roosevelt hat damit begonnen. George W. Bush ließ den Text bereits am Freitag per E-Mail an die Medien verschicken. Obama lässt seine Ansprachen seit dem 15. November parallel zum Radio auf Video aufnehmen und im Internet veröffentlichen.

Seine "e"-Strategien kann man aus seinem Wahlkampf ableiten. Obama war der erste wahre "e"-Kandidat. Kein Präsidentschaftsbewerber vor ihm nutzte E-Mail, SMS und die Videobörse Youtube umfassender und erfolgreicher als er. Sein Team hat den Wahlkampf revolutioniert. Obama warb, zum Beispiel, den Gründer der Kontakt-Website Facebook, Chris Hughes, an. Im Laufe des Jahres 2008 trugen sich Woche für Woche Zehntausende als "Freunde" Obamas ein. Im Sommer waren es über eine Million. Heute hat der "President elect" auf Facebook 3,67 Millionen eingetragene Unterstützer. Er kann dort politische Botschaften an sie verschicken oder sie um Spenden für die Inaugurationsfeier bitten.

Von Anfang an hatte sein Wahlkampfmanager David Plouffe auf das Internet und Youtube gesetzt. Systematisch sammelten Obamas Helfer E-Mail-Adressen potenzieller Unterstützer und versorgten

sie regelmäßig mit kleinen menschlichen Geschichten über Barack und seine Frau Michelle. Erst nach der fünften oder sechsten E-Mail-Ansprache folgte die Bitte um Unterstützung. Am Ende des Wahlkampfes hatten mehr als 3,5 Millionen Menschen per Internet Geld für die Kampagne gespendet, im Schnitt um die hundert Dollar. Nie zuvor hatte ein Kandidat so viele finanzielle Unterstützer. In der Summe erhielt Obama rund 750 Millionen Dollar Spenden, den Großteil davon im Internet, auch das ein neuer Rekord.

Auf Youtube war Obama der unbestrittene König. Im Frühjahr 2007 schlug der etwas anzügliche Videosong "Crush on Obama" (Verknallt in Obama) dort um Längen Hillary Clintons Versuche, die Youtube-Nutzer über ihre Wahlkampfhymne abstimmen zu lassen. Obamas Rede zur Rassenfrage kurz vor der Vorwahl in Pennsylvania, mit der er auf die Kritik an den Hasspredigten seines schwarzen Pfarrers Jeremiah Wright reagierte, wurde millionenfach angeklickt. Wann ist Ähnliches je Politikerreden in anderen Ländern widerfahren? Der Musiker will.i.am verarbeitete den Text musikalisch; auch dieses Video schauten sich Millionen im Netz an. Die Website barackobama.com wurde ebenfalls zu einem Kommunikationsforum. Wer seine Postleitzahl eingab, erfuhr, welche Veranstaltungen in der Umgebung geplant sind, welche Nachbarn Obama-Fans sind - es folgte die Einladung, eine Hausparty für den Kandidaten zu veranstalten.

Eine Neuerung war der Einsatz von SMS. Die per Handy versandten kurzen Texte sind in den USA nicht ganz so verbreitet wie in Deutschland, das liegt wohl an der Gebührenstruktur. Obama nutzte den Massenandrang bei seinen Auftritten zum Sammeln von Handynummern. Auch die Verkündung des Vizekandidaten im August half ihm, Kontaktdaten zu bekommen. Jedem, der seine Handynummer (oder E-Mail-Adresse) hinterlegte, versprach Obama, er werde noch vor den Medien erfahren, wer Vizekandidat wird. Beim Nominierungsparteitag in Denver forderte er die 76 000 im Stadion auf, eine SMS an die Kampagne zu schicken - erneut erhielten seine Mitarbeiter Kontaktdaten, an die sie Werbung und Spendenbitten versenden konnten.

Die Datenschutzvorschriften sind in den USA weniger streng als in Deutschland. Man darf Datenbanken mit Kontaktinformationen anlegen, die Menschen freiwillig herausgegeben haben. Man braucht dafür nicht ihre ausdrückliche Genehmigung. Wenn Bürger ihre Emailadresse, Handynummer oder Anschrift der Kampagne aus freien Stücken geben, dann kann der Kandidat und nun der Präsident Obama sie nutzen, um für seine Politik zu werben.

Ungewiss war lange die Zukunft seines Blackberry. Obama und seine engste Umgebung gelten als "blackberry-süchtig".

Aus zwei Gründen, so hieß es zunächst, werde sich Präsident Obama von seinem Gerät trennen müssen. Erstens wegen Sicherheitsbedenken. Die mobile Kommunikation lasse sich knacken. Das Risiko, dass E-Mails mit Dienstgeheimnissen abgefangen werden, sei zu groß. Zweitens schreibt der "Presidential Records Act" vor, die gesamte Korrespondenz eines Präsidenten zu archivieren - das gelte auch für elektronischen Austausch.

George W. Bush trennte sich vor acht Jahren von seinem Blackberry. Zuvor verschickte er eine Abschiedsnotiz von seiner Adresse G94B@aol.com an Freunde: Er beende den Austausch im Cyberspace, "weil ich nicht möchte, dass Leute, die auf Ärger aus sind, Zugang zu meiner Privatsphäre erhalten".

Obama drängte jedoch darauf, dass er seinen Blackberry behalten wolle, auch als Kontakt in die Welt außerhalb der sprichwörtlichen Käseglocke, unter der sich die Regierung abkapselt. So wurde sein Gerät sicherheitstechnisch aufgerüstet. Die Kontaktdaten zu ihm kennen nur ganz wenige, ausgewählte Menschen.

Auch die Webseite des Weißen Hauses – www.whitehouse.gov – wurde renoviert. Obamas

Fachleute wollen damit an die Erfolge seiner Internetkampagne anknüpfen. Die Webseite des Weißen Hauses sieht heute anders aus als unter George W. Bush. Rein vom Erscheinungsbild erinnert sie stark an barackobama.com – auch diese Kampagnen-Webseite wird übrigens fortgeführt. Und wer dort als Unterstützer oder Interessierter gemeldet war, bekommt weiter von Zeit zu Zeit Emails – freilich nicht mehr so regelmäßig wie während des Wahlkampfes. Heute, zum Beispiel, erreichte mich eine Email der Obama-Unterstützer mit der Bitte, die Bemühungen um die Gesundheitsreform aktiv zu unterstützen – und Geld zu spenden.

Eine Großteil der Nation scheint mittlerweile dieses Gefühl zu teilen: Trotz aller Dramatik der Ereignisse hat sich eine belastbare Kontinuität eingestellt. Diesen Eindruck vermitteln die Kurven der Umfragen im Verlauf der ersten 115 Tage. Mit hohen Zustimmungswerten um 63 Prozent war Obama am 20. Januar in seine Präsidentschaft gestartet. Im Februar und März waren die Werte dann wegen Pannen bei der Berufung von Regierungsmitgliedern und enttäuschten Reaktionen auf erste Pläne zur Bankenrettung um mehrere Prozentpunkte gefallen. Doch kurz vor dem 100-Tage-Jubiläum lag Obama im Schnitt aller Erhebungen wieder bei 62 Prozent Unterstützung, deutlich höher als George W. Bush oder Bill Clinton zum selben Zeitpunkt der Amtszeit. Und, wie gesagt: Zum ersten Mal seit mehreren Jahren sagt eine Mehrheit der Bürger, das Land bewege sich in der richtigen Richtung – und das wiegt umso schwerer, als Obama diese Gefühlswende mitten in einer schweren Wirtschaftskrise erreicht hat.

Die Zustimmung betrifft freilich nicht alle Politikfelder gleichermaßen. 71 Prozent unterstützen seine Irakpolitik, 58 den Umgang mit der Wirtschaftskrise, 61 Prozent die Lockerung der Kuba-Sanktionen. Bei der Aufweichung von Bushs Terrorabwehr dagegen trifft er auf Skepsis. Ziemlich genau die Hälfte der Bürger meint, in gewissen Situationen müsse man die Folter Terrorverdächtiger erwägen.

Die breite Unterstützung - trotz der schlechten Lage – ist nicht nur auf die mediale Darstellung und mediale Präsenz des Präsidenten zurückzuführen. Ein Weiteres kommt hinzu: Soweit er in den Augen der Amerikaner eine linke Agenda verfolgt, gleicht er das aus durch die Demonstration traditioneller Werte:

Familie, Glaube, Patriotismus. Und: Ehrlichkeit. Viele nehmen ihm ab, dass er aufrichtig mit den Bürgern umgehe.

Bei der Wahrnehmung als Vertreter traditioneller Werte hilft Obama seine Frau Michelle – und in gewisser Weise sogar die ganze First Family. Das harmonische Auftreten als Familie ist ein entscheidender politischer Trumpf.

Michelle nennt sich selbst gerne „Mom in chief“. Wie in jeder durchschnittlichen Familie dürfen auch ihre Töchter Malia und Sasha ihre Freundinnen mal zum „Sleep-over“ einladen: dem Übernachten im Schlafsack, hier eben im Weißen Haus.

Michelle tritt auch als Sonderbeauftragte für Soldatenfamilien auf.

Sie geht in Schulen, um dort aus Büchern vorzulesen. Oder um den jungen Mädchen dort an Hand des eigenen Beispiels zu versprechen: In den USA kann jeder alles werden. Verfolgt eure Träume, sagt sie besonders gerne schwarzen Schülerinnen. Ihr, dem Kind aus einem schwarzen Arbeiterhaushalt, habe es niemand in die Wiege gelegt, dass sie eines Tages im Weißen Haus wohnen werde.

Auch die Anlage des Gemüsegartens – der zugleich ein Appell für gesunde Ernährung war – gehört zum öffentlichen Image einer wertkonservativen First Lady. Ihre Beliebtheitswerte in den Umfragen sind sogar noch höher als seine.

Zum Abschluss noch dieses: Barack Obama hat auch Glück gehabt. Manche Entwicklungen und Ereignisse entziehen sich der Kontrolle des Präsidenten. Es hängt, zum Beispiel, nicht allein von seiner Politik ab, ob die USA neue Terroranschläge erleben, sei es auf US-Truppen im Ausland, sei

es im Inland. Es gibt keine absolute Sicherheit. Jeder mag sich vorstellen, wie das die Atmosphäre beeinflussen würde.

Die Geiselnahme des Kapitäns Richard Phillips durch somalische Piraten endete glimpflich. Was wäre gewesen, wenn die Scharfschützen nicht getroffen hätten und Phillips als Leiche heimgekommen wäre?

Schließlich noch die Schweinegrippe. Auch die stellte sich als weniger bedrohlich heraus, als man zunächst befürchtet hatte.

Obama hat also auch Glück, dass er bisher keine tragischen Ereignisse bewältigen musste.

Aber wie sagt das Sprichwort? Das Glück ist mit den Tüchtigen!